



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

Legislaturperiode: VIII
Sitzung Nr. 30 vom 29. März 2004
Ort: Kronenmattsaal
Dauer: 19.30 bis 21.05 Uhr

Leitung: E. Rietmann
Protokollführung: B. Christen
Anwesend: 36 Mitglieder
Abwesend: C. Fries, T. Petitjean, H. Senn, M. Trautwein (G. Köhler ab 20.20 Uhr)
Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 29. Sitzung vom 26.1.2004 wird genehmigt.

Präsident:

für das Protokoll:

Eduard Rietmann

Petra Oppliger

Mitteilungen des Präsidenten:

- Die Februar-Sitzung ist ausgefallen. Nachträglich gratuliert er allen Einwohnerrats- und Gemeinderatsmitgliedern zur (Wieder-)wahl. Persönlich bedauert er, dass mehrere Rätinnen und Räte nach dem 1. Juli nicht mehr dabei sein werden.
- Inzwischen hat die Fasnacht lautstark stattgefunden. Erstaunt hat ihn, dass anderntags die Hauptstrasse am Morgen früh bereits wieder sauber war.
- Zu beachten ist, dass ab heute zwischen Kronenplatz und Neubad Tempo 40 gilt.
- Inzwischen haben zwei Büro-Sitzungen stattgefunden. Die konstituierende Sitzung ist für Donnerstag, 24. Juni 2004, angesetzt. Ausser der Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums müssen die GRPK und BPK neu konstituiert werden. Ausserdem sind die Vormundschaftsbehörde, Wahlbüro, Primarschul- und Sekundarschulrat sowie der Musikschulrat zu wählen. Für die Sozialhilfebehörde besteht die laufende Amtsperiode noch bis 31.12.2004. Für Agathe Schuler wird infolge ihrer Wahl in den Gemeinderat ein Ersatzmitglied zu wählen sein.
Bei der letzten Ersatzwahl in die Vormundschaftsbehörde wurde angeregt, dass potenzielle Ersatzmitglieder vorher im Rat vorgestellt werden sollten. Vor der nächsten Einwohnerratssitzung ist deshalb vorgesehen, dass die Kandidatinnen und Kandidaten den bzw. von den Fraktionspräsidenten und Stellvertretungen vorgestellt werden und allfällige Fragen beantwortet werden. Alle interessierten Ratsmitglieder sind dazu selbstverständlich eingeladen.
- Für die neue Legislatur haben die drei Mitglieder der 'Grünen' und der EVP-Vertreter bekannt gegeben, dass sie sich zu einer Fraktion zusammenschliessen werden.
- Weil nur noch zwei Sitzungen des Einwohnerrats stattfinden werden, hat er von der Verwaltung eine Liste der noch zu behandelnden Geschäfte angefordert. Obwohl die Liste sehr lang ausfällt, hat das Büro vorerst beschlossen, dass auf eine zusätzliche Sitzung verzichtet wird.
- Der Einwohnerrats-Ausflug ist für Samstag, 15. Mai 2004, ab 13.30 Uhr, geplant.
- Kürzlich hat im Ortsmuseum wieder ein Apéro für neu zugezogene Einwohner/innen stattgefunden. Die von der Gemeindepräsidentin kommentierte Dia-Schau stiess auf reges Interesse.

Neue persönliche Vorstösse :

Die heute eingereichte interfraktionelle Motion der SP und 'Grünen' liegt allen kopiert vor.

- Jubiläumsgeschenk 1000 x 1000

SP: *U. Kunz* erläutert, dass bekanntlich mehrere Fakultäten der Universität um ihr Überleben kämpfen. Davon betroffen ist u. a. die Sternwarte, welche dem Astronomischen Institut angegliedert ist und auf Binninger Boden steht. Ein finanzielles Geschenk an die Universität wäre vor allem ein Signal nach Basel, dass es unserer Gemeinde ein Anliegen ist, dass die Hochschule und ihre Institute bestehen bleiben.

Die Motion geht zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

Traktandenliste:

1. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.3.2004:
Finanzplan 2004 – 2008 / Investitionsplanung 2004 – 2011 200
Senkung des Steuersatzes von 50 % auf 48 % für die Einkommens- und Vermögenssteuer des Jahres 2004
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.3.2004:
Bewilligung einer Investitionsausgabe von insgesamt CHF 220'000.00 für diverse Strassendeckbeläge 194
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.3.2004:
Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 100'000.00 für den Ersatz des Kochherdes im Restaurant Schloss Binningen 197
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.3.2004:
Diverse Baulinienkorrekturen 193
5. Bericht der GRPK-Subkommission vom 12.2.2004:
Inspektionsbericht der Bauabteilungen 192
6. **Diverses**

Traktandum 1

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.3.2004:

Finanzplan 2004 – 2008 / Investitionsplanung 2004 – 2011 Senkung des Steuersatzes von 50 % auf 48 % für die Einkommens- und Vermögenssteuer des Jahres 2004

200

Eintreten:

FDP: *M. Ziegler:* Die zur Diskussion stehende Vorlage bestätigt die anlässlich der Budget-Sitzung geäusserte Meinung der Fraktion, dass nämlich eine stärkere Reduktion des Steuerfusses vorgenommen werden kann. Die Rechnung 2003 zeigt einen massiven Überschuss auf der Ertragsseite. Die Gründe für die schwierige Prognose der Steuereinnahmen hat der Gemeinderat dargelegt. Wird dem Geschäft 200 nicht zugestimmt, so wird den Steuerzahlenden unnötig viel Geld aus der Lohntüte abgeführt. Die FDP unterstützt überzeugt das Begehren. Aufgrund des Finanzplans können die anstehenden Investitionen auch mit dem reduzierten Steuersatz vollumfänglich realisiert werden. Eine Fraktionsminderheit hält sogar eine Reduktion der Steuern um 3 % als vertretbar. Die Mehrheit schliesst sich jedoch dem vorsichtigen Antrag des Gemeinderats an.

SVP: *E. Kohl* drückt ihre Überraschung über das extrem gute Resultat aus, um so mehr als für künftige Investitionen schon Vorfinanzierungen bestehen und in der Rechnung berücksichtigt sind. In Anbetracht dessen stellt die Fraktion den Antrag, den Steuerfuss um 3 % zu senken, ohne dass deswegen das gute Dienstleistungsangebot der Gemeinde geschmälert wird. Steuern dürfen nicht auf Vorrat einkassiert werden. Der Steuersatz soll flexibel festgelegt werden. Bemängelt wird die Informationspolitik des Gemeinderats. Wünschenswert wäre eine frühere Orientierung zumindest der GRPK.

CVP: *B. Bächtiger* findet es erfreulich, dass die Rechnung um weitere drei Millionen besser ausgefallen ist, als Mitte Dezember angenommen werden konnte. Die vom Gemeinderat im Finanzplan bis 2008 getroffenen Annahmen scheinen realistisch. Es drängt sich daher eine rückwirkende Steuersenkung um 2 % für das laufende Jahr auf.

Grüne: *M. Schmidli:* Auf der Basis des Finanzplans stellt sich auch für sie die Frage, ob die Steuererträge wirklich nicht besser budgetiert werden können. Unter der Bedingung, dass die Dienstleistungen der Gemeinde weiterhin in gewohntem Mass zur Verfügung stehen, wird sie dem Antrag auf Steuerreduktion beipflichten. Der Wohlstand der Gemeinde basiert nicht zuletzt auf der Tatsache, dass viele Einwohner/innen ihren Lohn in Basel-Stadt verdienen und in Binningen günstig versteuern. Daher sind die Beiträge an städtische Zentrumsleistungen angemessen zu erhöhen. Nachdem auch der Kanton Baselland infolge seiner Sparvorgaben keine neuen Aufgaben übernehmen kann, ist in Betracht zu ziehen, dass gewisse Leistungen, welche allen zugute kommen, beispielsweise die Schulsozialarbeit, von der Gemeinde finanziert werden. Weil derzeit noch ungewiss ist, welche Leistungen der Kanton an die Kommunen überträgt, ist der Steuerfuss bei Bedarf wieder zu erhöhen.

SP: *S. Zürcher:* Die Fraktion ging im Dezember nur von einem guten, aber nicht einem extrem guten Resultat aus und stimmte aus Vorsicht der Senkung um 1 % zu. Auch wenn im Dezember noch keine genaue Abrechnung möglich war, bezweifelt er, dass nicht wenigstens die Grössenordnung von 3 – 5 Millionen vorhersehbar war. Zwei Anliegen möchte er festhalten: erstens soll beim nächsten Budget nicht wieder knauserig gespart werden müssen; zweitens dass der Steuersatz von allen Fraktionen auch wirklich flexibel gehandhabt wird. Die Mehrheit der SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

FDP: *T. Lutz* erachtet den Antrag der SVP unter den gegebenen Umständen als gerechtfertigt. Die Senkung um 2 % gemäss Gemeinderat zeugt jedenfalls noch von grosser Vorsicht.

FDP: *D. Anliker* erinnert S. Zürcher daran, dass es vor einigen Jahren ihre Fraktion war, welche eine Steuererhöhung anregte, weil sich ein Schuldenberg abzeichnete. Im Moment darf jedoch der Steuerfuss guten Gewissens gesenkt werden.

Grüne: *K. Birkhäuser:* Wird die Finanzsituation von Binningen isoliert betrachtet, kann auch er einer Steuerreduktion zustimmen. Der Kanton muss jedoch drastisch sparen, allein im Bildungsbereich sollen 100 Millionen weniger ausgegeben werden. In Basel-Stadt ist die Situation ebenfalls angespannt. Seines Erachtens besteht ein Ungleichgewicht bei der Verteilung von Lasten und Nutzen. Zudem wird der Bund vermehrt Kosten auf die Kantone und diese auf die Gemeinden abwälzen. Der Überschuss müsste deshalb bereitgestellt werden für erweiterte sinnvolle Ausgaben im nächsten Budget. Er wird den Antrag auf Steuersenkung nicht guthessen.

SP: *G. Köhler* vermisst in dieser Diskussion eine ganzheitliche Sicht. Eine Steuerreduktion wird Reiche anziehen, die Bodenpreise werden ansteigen und in der Folge auch die Mieten. Es sollte vermehrt überlegt werden, welche Leistungen erbracht werden können, die allen zu gute kommen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *J. Saxer:* Ebenso wichtig wie die Rechnung vom Vorjahr ist der beigelegte aktualisierte Investitions- und Finanzplan. Letzterer basiert bereits auf einem Steuersatz von 48 %. Die rückwirkende Änderung des Steuersatzes ist vergleichbar mit einem Nachtragskredit, welcher sich ebenfalls auf das Budget auswirkt. Die Gemeinde hat seit 2002 keine Schulden mehr. Aus den Investitionen bleiben für das Meiriacker-Schulhaus nur zwei Millionen an Abschreibungen. Überdies sind für kommende Vorhaben bereits zwölf Millionen vorhanden. Unter diesen positiven Voraussetzungen kann der Gemeinderat die Steuerreduktion verantworten. Es ist zwar eine Tatsache, dass die meisten Kantone sparen müssen, doch kann die Gemeinde diesbezüglich keine Abhilfe leisten.

Es wurde kritisiert, dass der Gemeinderat zu spät über den guten Rechnungsabschluss informierte. Der Grund dafür liegt in den Buchungsabläufen der kantonalen Steuerverwaltung.

Am 21. November erhielt die Gemeinde die Daten, aufgrund derer die kommunale Verwaltung die Steuerrechnungen erstellte und im Verlauf der folgenden vierzehn Tage versandte. Am 9. Dezember erhielt der Gemeinderat Kenntnis, dass die Rechnung für 2003 drei bis fünf Mio. Franken besser abschliessen wird als vorgesehen. Diese Information wurde umgehend den Fraktionen mitgeteilt. Von den zusätzlich eingehenden Millionen erhielt selbst der Gemeinderat erst nach dem Versand von weiteren definitiven Steuerrechnungen für 2001 und 2002 Kenntnis. Erschwerend wirkte sich im vergangenen Jahr bekanntlich die Umstellung auf die einjährige Veranlagung sowie das neue Finanzausgleichsgesetz aus. Es liegt kein Versäumnis vor, weder von der Verwaltung noch vom Gemeinderat.

SP: *A. Erhardt* hat zunehmend den Eindruck, dass die Solidarität zwischen Gutsituierten und weniger Gutsituierten abnimmt. Er hofft, dass Binningen auch diesbezüglich in Zukunft eine Ausnahme bildet; denn Tatsache bleibt, dass die Reichen von einer Steuersenkung mehr profitieren.

FDP: *M. Ziegler* entgegnet, dass Binningen im Sozialbereich kantonal an absoluter Spitze steht; daran ändert auch eine Steuersenkung nichts.

::: Der Antrag der SVP, den Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer rückwirkend für das Jahr 2004 auf 47 % zu senken, wird mit 15 Ja, 17 Nein bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Mit 32 Ja, 3 Nein bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

::: 1.2 Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuern wird rückwirkend für das Jahr 2004 um 2 % von 50 % auf 48 % reduziert.

Traktandum 2

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.3.2004:

Bewilligung einer Investitionsausgabe von insgesamt CHF 220'000.00 für diverse Strassendeckbeläge

194

Eintreten:

CVP: *B. Bächtiger* hält kurz und bündig fest, dass seine Fraktion keine Einwände gegen den Kredit hat.

SVP: *F. Gerber* befürwortet, dass die Strassen in gutem Zustand erhalten bleiben; hingegen hofft seine Fraktion, dass die neuen Strassenabschnitte nicht mit Schwellen und ähnlichem verschandelt werden.

FDP: *S. Cron* erachtet die vorgesehenen Unterhaltsarbeiten als mass- und sinnvoll. Den Anträgen wird zugestimmt.

Grüne: *K. Birkhäuser* fragt, ob es nicht genügen würde dort, wo es sich nur um Risse handelt, diese zu versiegeln. Auf diese Weise könnte die Belagserneuerung hinausgezögert werden.

SP: *R. Dürig* erklärt, dass seine Fraktion die Anträge genehmigen wird.

FDP: *M. Ziegler* wendet ein, dass seines Erachtens der Radstreifen am Schafmattweg keineswegs in einem alarmierenden Zustand ist.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Husi* antwortet, dass die Risse theoretisch versiegelt werden können. Wenn jedoch der Unterbau gefährdet oder bereits beschädigt ist, kommt die Reparatur wesentlich teurer zu stehen. Beim Velostreifen am Schafmattweg handelte es sich vor Jahren um einen Pilotversuch mit Verbundsteinen, an welchem sich der Kanton massgeblich finanziell beteiligte. Inzwischen werden diese nicht mehr für Radwege angewendet. Viele Fugen sind ausgeschwemmt und deshalb locker. Die Reparatur drängt sich nicht primär wegen der Gefährlichkeit auf sondern vielmehr weil der Unterhalt sehr aufwändig ist. Letztlich ist der vorgeschlagene Ersatz billiger.

SP: *R. Dürig* erinnert daran, dass seine Fraktion bereits bei der Budget-Beratung für Direktbeschlüsse gemäss Antrag Gemeinderat war. Nachdem sehr viele Vorlagen zur Beratung anstehen, sollte die Zeit sinnvoller genutzt werden als mit belanglosen Diskussionen wie dieser.

Detailberatung: entfällt

Einstimmig wird beschlossen:

://: Für die Erneuerung von Strassendeckbelägen im Jahr 2004 wird zu Lasten des Kontos 620.501.01 eine Investitionsausgabe von CHF 220'000.00, zuzüglich teuerungsbedingter in der Abrechnung nachzuweisender Mehrkosten, bewilligt.

Traktandum 3

Geschäft Nr.

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.3.2004:

Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 100'000.00 für den Ersatz des Kochherdes im Restaurant Schloss Binningen 197

Eintreten:

FDP: *D. Anliker* stellt fest, dass die Investition sehr grosszügig berechnet worden ist. Abklärungen haben ergeben, dass es auch günstigere Varianten gäbe und dies ohne Qualitätseinbusse. Dennoch wird die Fraktion den Kredit genehmigen in der Hoffnung, dass dieser nicht ausgeschöpft werden muss.

CVP: *B. Bächtiger*: Dass sich ein Ersatz des Herdes aufdrängt ist unbestritten. Allein der Betrag von 84'000 Franken für Lieferung und Montage ist sehr hoch. Deshalb bittet seine Fraktion den Gemeinderat zusätzliche Abklärungen vorzunehmen und Details bekannt zu geben, wie Lieferant, Typenbezeichnung, Anzahl Kochstellen und wie lange Ersatzteillieferungen gewährleistet sind.

SP: *P. Fankhauser* vertritt ebenfalls die Auffassung, dass die Investition sehr hoch ist und würde eine Konkurrenzofferte befürworten. Es erstaunt ihn, dass offenbar eine Sicherung gegen unerkannten Gasaustritt fehlt und dies erst jetzt festgestellt worden ist, nachdem der Herd seit 23 Jahren in Betrieb ist.

SVP: *E. Kohl* findet die Begründung des Gemeinderats zu dieser Ausgabe dürftig. Deshalb hat sie sich selber informiert. Offenbar handelt es sich um einen Herd mit einer Grösse von über drei Metern Länge mit acht Induktionsplatten, Grill, Backofen usw., was für einen Gastronomiebetrieb wie dem Schloss normal ist. Die Bestimmung bezüglich Sicherung bei Gasaustritt existiert seit 3 bis 4 Jahren und gilt auch für Privathaushalte. Weil der Herd wiederum zwanzig oder mehr Jahre funktionieren wird, erscheint der Kredit gerechtfertigt.

EVP: *U. von Bidder* appelliert an die CVP-Fraktion, dass es nicht Aufgabe der Legislative ist, über jede Einzelheit Auskunft zu erhalten. Persönlich hat er Vertrauen, dass der Vorlage eine korrekte Evaluation zu Grunde liegt.

Stellungnahme des Gemeinderats: *R. Felber* versichert, dass der Kredit nicht unbedingt ausgeschöpft wird. Die Erklärung für die fehlenden Detailangaben liegt darin, dass ein Submissionsverfahren durchgeführt werden muss. Hier handelt es sich um eine Kostenschätzung für einen Herd nach Mass.

Detailberatung: entfällt

Mit deutlichem Mehr wird beschlossen:

://: Für den Ersatz des Kochherdes für das Restaurant Schloss Binningen wird zu Lasten des Kontos Nr. 942.503.03 eine dringliche Investitionsausgabe von CHF 100'000.00 bewilligt.

Traktandum 4**Geschäft Nr.**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.3.2004:

Diverse Baulinienkorrekturen**193**Eintreten:

FDP: *J. Koene* hält fest, dass die Fraktion nach Prüfung der Begehren allen Anträgen zustimmen wird.

SP: *T. Rehmann* erklärt, dass der erste und dritte Antrag problemlos akzeptiert wird. Betreffend Antrag 2 im Bereich Holeerain / Kernmattstrasse ergaben sich einige Unklarheiten, z. B. wie lässt sich der Erhalt der Bausubstanz mit der neuen Baulinie vereinbaren, welche Auswirkungen hat dies bezüglich Abriss gemeindeeigener Liegenschaften. Deshalb stellt die Fraktion den Antrag, dass sich die Bau- und Planungskommission mit den offenen Fragen befasst.

SVP: *U. Rediger* beschränkt sich auf die Feststellung, dass die Mehrheit der Fraktion den Korrekturen zustimmen wird.

Stellungnahme des Gemeinderats: *R. Felber* erläutert, dass die Baulinie bei der Kernmattstrasse und am Holeerain festgesetzt wurde, als noch die Absicht bestand, diese Quartierstrassen zu verbreitern. Anstelle von Abbruch und Neubauten sind die meisten Häuser in diesem Bereich saniert worden. Bekanntlich soll auch die Liegenschaft 42 am Holeerain saniert werden. Bevor die Pläne ausgearbeitet werden, sollte die bereinigte Baulinie vorliegen. Weitere Erklärungen kann er auch der BPK nicht abgeben. Daher bittet er den Rat, die Anträge zu bewilligen.

Detailberatung:

SP: *A. Braun* äussert die Befürchtung, dass die neue Baulinie dazu führen könnte, dass alte Bausubstanz abgerissen wird und Neubauten Platz machen muss, was bedauerlich wäre. Deshalb möchte er wissen, welche Folgen die Änderung diesbezüglich hat.

Gemeinderat R. Felber antwortet, dass sanfte Renovationen unproblematisch sind. Bei grösseren Umbauten verlangt das Bauinspektorat rasch einmal den Parkplatznachweis, was zu Problemen führt und Ausnahmegewilligungen erforderlich machte. Auch für den Erhalt von bestehender Bausubstanz ist es deshalb wichtig, diese Baulinienkorrektur vorzunehmen.

SP: *R. Dürig* sieht keinen Zusammenhang zwischen der Sanierung des so genannten Suter-Hauses, welches ohnehin unter Denkmalschutz steht und der Versetzung der Baulinie. Hingegen könnte sich die Änderung dahingehend auswirken, dass die Parzelle 381 stärker überbaut werden kann. Ihn interessiert, was der Gemeinderat dort plant.

Gemeinderat R. Felber: Diese Frage hat er an der letzten Einwohnerrats-Sitzung im Zusammenhang mit der Interpellation bezüglich Nutzung der Liegenschaft Holeerain 42 bereits beantwortet und ist im Protokoll nachzulesen. Die Parzelle ist so gross, dass allenfalls ein Kindergarten gebaut werden könnte und darüber eine Wohnung. Das Suter-Haus wird restauriert werden und soll grösstenteils wie früher als Wohnhaus genutzt werden können. Zusätzlich ist aber Platz vorhanden, z. B. für einen Ausstellungsraum. Wenn die Baulinien korrigiert sind, wird der Gemeinderat konkret planen und eine Vorlage ausarbeiten können. Direkte Auswirkungen auf die Nutzung des Grundstücks gibt es keine, ausser dass der Vorgarten etwas schöner gestaltet werden kann.

Einstimmig wird beschlossen:

://: 4.1 Die Gräberbaulinien auf dem Südteil des Friedhofs St. Margarethen werden aufgehoben und der Baulinienplan "Friedhofanlage St. Margarethen" wird beschlossen.

://: Mit 10 Ja, 21 Nein bei 2 Enthaltung wird der SP-Antrag auf Überweisung an die BPK von Antrag 2 (Holeerain / Kernmattstrasse) abgewiesen.

Mit 22 Ja, 1 Nein bei 12 Enthaltungen wird beschlossen:

://: 4.2 Der Baulinienplan "Holeerain / Kernmattstrasse" wird beschlossen.

Mit grossem Mehr bei wenigen Enthaltungen wird beschlossen:

://: 4.3 Der Baulinienplan "Schäublinstrasse" wird beschlossen.

Traktandum 5

Geschäft Nr.

Bericht der GRPK-Subkommission vom 12.2.2004:

Inspektionsbericht der Bauabteilungen

192

Subkommissionspräsidentin V. Dubi: Die Inspektion ist mit drei Schwerpunkten vorgenommen worden. Zum einen wurde untersucht, welche Auswirkungen die neue Gemeindeorganisation auf die Bauabteilungen hatte und wie diese heute funktioniert. Ausserdem wurden Personalbestand und –fluktuation sowie schliesslich die langfristige Planung geprüft. Eine Aussage, ob die Aufteilung in drei Unterabteilungen besser oder schlechter im Vergleich zu früher ist, ist kaum möglich. Jedenfalls scheint die interne Zusammenarbeit gut zu funktionieren. Die rein administrativen Arbeiten werden zentral in einem Sekretariat erledigt. Ein echter Vergleich mit vier anderen Gemeinden bezüglich Personalbestand erwies sich als schwierig. Immerhin gibt es grundsätzlich keine gravierenden Unterschiede. Nach der Umstellung im Jahr 2000 waren viele Personalabgänge zu verzeichnen. Im Nachhinein die Gründe zu eruieren ist unmöglich und obsolet. Inzwischen hat sich die Situation wieder normalisiert. Sollte sich ein ähnlicher Fall in einer Verwaltungsabteilung abzeichnen, müsste die GRPK sehr viel schneller reagieren.

Aufgrund der unerfreulichen Situation im Zusammenhang mit der Friedhoferweiterung sowie der sehr langen Dauer, bis das Schlossparkprojekt beschlussfähig vorlag, wurde auch die langfristige Planung unter die Lupe genommen. Die GRPK-Mitglieder erhielten den Eindruck, dass auf der Verwaltung gut gearbeitet wird. Problematisch erscheinen eher die strategische Führung durch den Gemeinderat und der zum Teil langwierige Ablauf. Es stellt sich daher die Frage, ob nicht allgemein mit den Planungen früher begonnen werden müsste, damit eine genügende Zeitreserve besteht.

Eintreten: keine Wortmeldungen.

://: Vom Bericht wird Kenntnis genommen.

Traktandum 6**Diverses**

Abschliessend orientiert Gemeindepräsidentin B. Fünfschilling anhand von Folien über das im Juni stattfindende Fest "Binnige Botz 1000".

ER-Protokolle: ER-Prot-30 doc /chr